

Basel, 15.1.2021

An den Regierungsrat von Basel Stadt
zu Hdn. Herrn RR Lukas Engelberger und RR Christoph Brutschin
und an den Kantonsarzt von BS, Herrn Dr. Thomas Steffen

Sehr geehrte Damen und Herren

Vergangene Woche habe ich als Vertreterin von *Soup&Chill, Wärmestube für Menschen, die kein eigenes Wohnzimmer haben*, einen dringlicher Aufruf und Hilferuf platziert. Ich wandte mich ans Gesundheitsdepartement und ans Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt sowie die KollegInnen der niederschweligen Institutionen. Leider blieb der Hilferuf komplett ohne Wirkung. Ich wende ich mich daher nun an das Gesamtgremium, das die oberste Exekutiv- Verantwortung für diesen Kanton und die Menschen, die sich in ihm aufhalten, trägt.

Und an die Medien.

Regierungsrat Engelberger in seiner Funktion als amtierender Präsident der Gesundheitsdirektorenkonferenz ist zusammen mit Bundesrat Berset an vorderster Front, wenn es um Beschlüsse und Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie geht. Am 13.1. versuchte er wieder zu vermitteln, wie dramatisch die Lage sei.

Wie im Frühling bei der ersten Welle und dem ersten Lockdown warten wir aber auch jetzt vergeblich auf Massnahmen, die die Menschen am unteren bzw. äusseren Rand der Gesellschaft als Teile der Gesellschaft wahrnimmt und in die entscheidenden Corona-Präventions- und Schutzkonzepte miteinbezieht. Die Reproduktionsrate macht keinen Unterschied zwischen Reich und Arm und auch nicht in Bezug auf Nationalität.

Regierungsrat Brutschin ist als oberster Chef des „offiziellen, sozialen Basel“ ebenso in der Pflicht.

Es kann nicht sein, dass – was hiermit nicht kritisiert werden soll- die ganz besonders vulnerablen hochbetagten Menschen in Heimen eingeschlossen werden, die Home-Office--Pflicht verfügt wird und gleichzeitig unsere Mitmenschen am unteren Rand der Gesellschaft ausgesperrt werden.

Es ist sehr kalt, es herrscht Corona, es gibt klare und verbindliche Anordnungen von BAG, Bundesrat und Kantonsarzt: man soll zuhause bleiben wenn immer möglich, man soll öffentliche Räume meiden, Restaurants wurden geschlossen, ab Montag folgen die Geschäftsschliessungen.

Die Menschen am Rand der Gesellschaft hat man aber – ein weiteres Mal- offenkundig und offensichtlich vergessen.

Seit Monaten wird die Versorgung von sogenannt „Randständigen“ in BS vor Allem durch Take aways organisiert: das war im Sommer recht gut lebbar, jetzt aber müssen die Menschen dringend ins Warme. Sie sind draussen, Tag und Nacht. Sie werden krank,

nicht Corona –aber trotzdem krank: schwere Erkältungen, Bronchitis etc. Und auch wenn sie krank sind, gibt es keinen Plan und keinen Platz für sie. Viele hoffen inständig auf einen positiven Corona-Test, um in Quarantäne zu dürfen, um endlich im Warmen zu sein. Das ist absurd und zynisch...

Alle müssen rein! Alle sind in dieser Pandemie-Situation gefährdet und gefährdend zugleich

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte unternehmen Sie jetzt endlich etwas,

- Öffnen sie die stets halbleeren Notschlafstellen BEDINGUNGSLOS, denn Kälte und Corona unterscheiden nicht zwischen BS und BL.
- Stellen Sie Aufenthaltsräume für Tag und Nacht zur Verfügung: die Hotels stehen leer! Schaffen Sie mit den schwer unter der Krise leidenden Hoteliers eine- WinWin—bzw. Win-All-Situation!
- Nehmen Sie Einfluss, dass Institutionen im niederschweligen Bereich (allesamt Subventions-EmpfängerInnen!) ihre Angebote zielführend und situationsgemäss anpassen!

Das politische und auch das soziale Basel darf nicht länger wegschauen!

Die Versorgung der Menschen am Rand der Gesellschaft ist eine Pflicht des Staates. Zwar ist die Präambel der Bundesverfassung nicht justiziabel, doch dient sie als Vorgabe. Der Artikel 12 der Bundesverfassung fordert zudem unmissverständlich, dass jede Person, die sich in der Schweiz aufhält und in Not gerät, das Recht auf Nahrung, Obdach und medizinische Grundversorgung hat. Die baselstädtische Kantonsverfassung formuliert bspw. in den §§ 15, 26 Vorgaben.

Wir bitten daher den Regierungsrat eindringlich, von seiner Kompetenz in Artikel 109 zum Treffen von Notstandsmassnahmen auch und gerade dort, wo die existenzielle Not wohl mit am grössten ist, rasch Gebrauch zu machen.

Für eine besondere Gruppe von Menschen braucht es SOFORT Massnahmen: die rumänischen BettlerInnen, die im Zuge des Wahlkampfs (Aufhebung des Bettelverbots) nach Basel kamen. Die Politik muss sich auch jetzt um sie kümmern, sie leben in prekärsten humanitären Verhältnissen und werden für die wenigen Institutionen, die ihnen überhaupt Hilfe bieten (Soup&Chill) zu einer Belastung, die schwer erträglich und auch gefährlich ist. Diese Gruppe braucht sofort - in Verantwortung des Kantons- Räume, Verpflegung und Unterstützung bei der Rückreise in ihr Heimatland.

Dr. Claudia Adrario de Roche
und die Soup&ChillerInnen

P.S.

Massnahmen und Aktionen von Soup&Chill in Corona-Zeiten siehe:
www.soupandchill.com